

## **Änderungsantrag zum Antrag 82-08-05 auf Änderung der Wahlordnung**

### **Antragsteller\*innen:**

Daniel Mäckelmann (Wahlausschuss der Studierendenschaft)

### **Antragstext:**

Das Studierendenparlament möge beschließen, den Antrag 82-08-05 zur Änderung der Wahlordnung wie folgt zu ergänzen:

Im § 12 der Wahlordnung („Zulassung der Wahlvorschläge“) wird der folgenden Absatz eingefügt:

- (6) Geben die Namen mehrerer Listen zu Verwechselungen Anlass, so legt der Wahlausschuss eine Unterscheidungsbezeichnung fest, die einem oder mehreren Wahlvorschlägen bei der Zulassung beigelegt wird. Vor der Beschlussfassung ist den erschienenen Beteiligten Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

### **Antragsbegründung:**

Die Wahlordnung regelt aktuell nicht, wie der Wahlausschuss mit gleich, oder sehr ähnlich benannten Listen umgehen soll. Sowohl im Bundes- als auch im Landtagswahlrecht ist für diesen Fall vorgesehen, dass der jeweilige Wahlausschuss eine Unterscheidungsbezeichnung festlegt oder anfügt, um die Verwechslungsgefahr auszuräumen. Wir sollten das unserem Wahlausschuss auch erlauben.

Dieser Absatz entspricht in der Formulierung der Regelung aus [§ 33 \(2\) Satz 4 und 5 Bundeswahlordnung](#). Eine äquivalente Regelung existiert sonst auch noch u.a. in [§ 31 \(1\) Landeswahlordnung](#), der Antragssteller findet die Regelung aus der BWO allerdings etwas kompakter. Dadurch, dass eine solche Regelung auch für Landtagswahlen existiert, dürfte die vorgeschlagene Regelung auch mit § 17 (3) HSG vereinbar sein.

Wahlordnung 2020	Vorgeschlagene Änderung
<p><b>§ 12 Zulassung der Wahlvorschläge</b></p> <p>(1) Der Wahlausschuss erstellt unverzüglich nach Ablauf der Abgabefrist für Wahlvorschläge gemäß § 11 Absatz 1 eine vorläufige Gesamtliste der voraussichtlich zugelassenen Wahlvorschläge. Diese Aufstellungen sind im Wahlamt vom 48. bis zum 43. Tag zur Einsichtnahme auszulegen.</p> <p>(2) Unverzüglich nach Ablauf der Einsichtsnahefrist entscheidet der Wahlausschuss über die Gültigkeit und Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge.</p> <p>(3) Nicht zugelassen werden Wahlvorschläge, die</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. verspätet eingegangen sind,</li> <li>2. einen Vorbehalt oder eine Bedingung enthalten,</li> <li>3. nicht die erforderliche Kandidatenzahl gemäß § 10 Absatz 1 Satz 2 enthalten,</li> <li>4. einen nicht wählbaren Kandidaten benennen,</li> <li>5. ohne Einverständniserklärung der Wahlbewerber eingehen,</li> <li>6. Frauen und Männer nicht zu gleichen Teilen berücksichtigt und gleichzeitig hierfür Gründe gemäß § 10 Absatz 1 nicht darlegen.</li> </ol> <p>(4) Den Kandidaten endgültig nicht zugelassener Wahlvorschläge ist die Entscheidung des Wahlausschusses schriftlich mit einer Begründung mitzuteilen.</p> <p>(5) Enthält ein Wahlvorschlag nicht wählbare Kandidaturen oder fehlen Einverständniserklärungen von Wahlbewerbenden und sind diese Fehler nicht innerhalb der in Absatz 3 genannten Frist behoben worden, so streicht der Wahlausschuss die betroffenen Bewerbenden aus dem Wahlvorschlag und lässt den Wahlvorschlag ohne diese Kandidaturen zu.</p>	<p><b>§ 12 Zulassung der Wahlvorschläge</b></p> <p>(1) Der Wahlausschuss erstellt unverzüglich nach Ablauf der Abgabefrist für Wahlvorschläge gemäß § 11 Absatz 1 eine vorläufige Gesamtliste der voraussichtlich zugelassenen Wahlvorschläge. Diese Aufstellungen sind im Wahlamt vom 48. bis zum 43. Tag zur Einsichtnahme auszulegen.</p> <p>(2) Unverzüglich nach Ablauf der Einsichtsnahefrist entscheidet der Wahlausschuss über die Gültigkeit und Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge.</p> <p>(3) Nicht zugelassen werden Wahlvorschläge, die</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. verspätet eingegangen sind,</li> <li>2. einen Vorbehalt oder eine Bedingung enthalten,</li> <li>3. nicht die erforderliche Kandidatenzahl gemäß § 10 Absatz 1 Satz 2 enthalten,</li> <li>4. einen nicht wählbaren Kandidaten benennen,</li> <li>5. ohne Einverständniserklärung der Wahlbewerber eingehen,</li> <li>6. Frauen und Männer nicht zu gleichen Teilen berücksichtigt und gleichzeitig hierfür Gründe gemäß § 10 Absatz 1 nicht darlegen.</li> </ol> <p>(4) Den Kandidaten endgültig nicht zugelassener Wahlvorschläge ist die Entscheidung des Wahlausschusses schriftlich mit einer Begründung mitzuteilen.</p> <p>(5) Enthält ein Wahlvorschlag nicht wählbare Kandidaturen oder fehlen Einverständniserklärungen von Wahlbewerbenden und sind diese Fehler nicht innerhalb der in Absatz 3 genannten Frist behoben worden, so streicht der Wahlausschuss die betroffenen Bewerbenden aus dem Wahlvorschlag und lässt den Wahlvorschlag ohne diese Kandidaturen zu.</p> <p>(6) Geben die Namen mehrerer Listen zu Verwechselungen Anlass, so legt der Wahlausschuss eine Unterscheidungsbezeichnung fest, die einem oder mehreren Wahlvorschlägen bei der Zulassung beigelegt wird. Vor der Beschlussfassung ist den erschienenen Beteiligten Gelegenheit zur Äußerung zu geben.</p>